

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung .....</b>	<b>1</b>
A. Grundgedanken und Ziele der Arbeit .....	3
I. Die zentrale Problemstellung .....	3
II. Das Erkenntnisinteresse .....	5
B. Gang der Untersuchung .....	6
<b>Teil 1: Konzeptionelle Grundlegung und Erarbeitung der Forschungsfragen .....</b>	<b>9</b>
A. Methodische Grundlagen .....	9
I. Die Grundstruktur des methodischen Vorgehens .....	9
II. Die Bedeutung ökonomischer Erkenntnisse für den Untersuchungsgegenstand .....	10
1. Vorstellung der interdisziplinären Untersuchungsmethodik .....	10
2. Grundgedanken zum ökonomischen Verhaltensmodell .....	11
3. Konkrete Berührungspunkte mit den Wirtschaftswissenschaften .....	12
III. Ausblick auf das weitere Vorgehen .....	14
B. Essentielle Begriffsbestimmungen .....	14
I. Marktwert, Marktpreis, individuell vereinbarter Preis und Weiterverkaufspreis .....	14
1. Das Verhältnis von Marktwert und Marktpreis .....	14
2. Das Verhältnis von Marktwert und individuell vereinbartem Preis .....	15
3. Der Weiterverkaufspreis .....	16
II. Der Individualisierungsgrundsatz .....	16
C. Die Wechselbeziehung zwischen Vermögensträger und Vermögensobjekt .....	16
I. Die freiheitliche Komponente des Vermögens .....	17
1. Bedürfnisbefriedigung mithilfe von Transaktionen .....	17
a) Der einer Transaktion vorgelagerte Entscheidungsprozess .....	17
b) Philosophische Verankerung des Freiheitsgedankens .....	18
aa) Die Lehre von der Hausverwaltung nach <i>Aristoteles</i> .....	19
bb) Schlussfolgerungen .....	19
2. Relevanz für den strafrechtlichen Vermögensschutz .....	20
3. Zwischenergebnis .....	21

<b>II. Die individuelle Werteinschätzung in den Wirtschaftswissenschaften .....</b>	<b>22</b>
1. Einordnung der Fragestellungen in den wirtschaftswissenschaftlichen Kontext .....	22
a) Die Grundaussagen des Coase-Theorems .....	22
aa) Die Effizienzthese .....	23
bb) Die Invarianzthese .....	24
cc) Zusammenfassung .....	24
b) Entkräftigung der Invarianzthese durch den Besitz- und Einkommenseffekt .....	25
aa) Der Besitzeffekt .....	25
bb) Der Einkommenseffekt .....	27
cc) Auswirkungen auf die Invarianzthese .....	27
2. Schlussfolgerungen der wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung .....	28
<b>III. Ausblick auf das weitere Vorgehen .....</b>	<b>29</b>
<b>D. Dogmatische und (weitere) terminologische Grundlagen .....</b>	<b>29</b>
I. Vertrag und Betrug im Allgemeinen .....	29
1. Die Bedeutung und Funktion des Vertrages .....	30
a) Der Vertrag als Mittel zur Freiheitsentfaltung .....	30
aa) Zum Grundsatz der Privatautonomie .....	30
bb) Risiken für die Vertragsparteien .....	31
(1) Selbstverantwortung als Folge der gewährten Freiheit .....	31
(a) Das Anfechtungsrecht als prägnantes Beispiel .....	32
(b) Ergänzungen in Bezug auf die Formfreiheit .....	33
(2) Zwischenergebnis .....	33
b) Die Auswirkungen auf den Wirtschaftsverkehr .....	33
aa) Allgemeine Überlegungen .....	33
bb) Zur Problematik der Informationsasymmetrie .....	34
(1) Der Aufsatz von Akerlof als Ausgangspunkt .....	35
(2) Bewertung vor dem Hintergrund heutiger Informationsquellen .....	36
(3) Zur „moralischen Versuchung“ .....	37
c) Zwischenergebnis .....	37
2. Der Straftatbestand des Betruges gemäß § 263 StGB .....	38
a) Deliktsstruktur .....	38
b) Der Streit um den Vermögens- und den Schadensbegriff .....	40
aa) Die traditionellen Ansätze .....	40
(1) Der juristische Vermögensbegriff .....	41
(2) Der wirtschaftliche Vermögensbegriff .....	41
(a) Grundannahmen .....	41
(b) Ausgewählte Varianten .....	42
(aa) Der juristisch-ökonomische Vermögensbegriff .....	42
(bb) Der dynamische Vermögensbegriff .....	42
(3) Der personale Vermögensbegriff .....	43

bb) Eigene Würdigung im Spiegel der verfassungsgerichtlichen Vorgaben .....	44
(1) Methodik und Ziele .....	44
(2) BVerfGE 126, 170 .....	44
(a) Die Sachverhalte .....	44
(aa) Erster Fall: Siemens .....	45
(bb) Zweiter Fall: Betriebskrankenkasse Kassel .....	46
(cc) Dritter Fall: Berliner Hypothekenbank .....	46
(b) Die weitreichende Bedeutung des Beschlusses .....	47
(c) Die verfassungsgerichtlichen Vorgaben im Einzelnen .....	49
(aa) Das Analogieverbot .....	49
(bb) Das Präzisierungsgebot .....	50
(cc) Anforderungen an die Ermittlung des Vermögensnachteils .....	50
(3) Übertragbarkeit der Vorgaben auf § 263 StGB .....	52
(a) Vergleichbarkeit der Tatbestände von Betrug und Untreue .....	53
(aa) Grammatische Auslegung .....	53
(bb) Systematische Auslegung .....	54
(cc) Historische Auslegung .....	54
(dd) Teleologische Auslegung .....	55
(b) Zwischenergebnis .....	56
(4) Verfassungskonformität der Vermögenslehren .....	57
(a) Juristische Vermögenslehre .....	57
(b) Personale Vermögenslehre .....	58
(c) Wirtschaftliche Vermögenslehre(n) .....	59
(d) Zwischenergebnis .....	59
c) Ergänzendes zum Verhältnis von Täuschung und Vermögensschaden .....	59
d) Zusammenfassung .....	60
<b>II. Verflechtungen von Vertrag und Betrug .....</b>	<b>61</b>
1. Grundgedanken und Vorgehensweise .....	61
2. Grundlegendes zur Berücksichtigung einer Mitverantwortung des Opfers .....	61
a) Legitimation des Mitverantwortungsgedankens .....	62
aa) Das Subsidiaritätsprinzip .....	62
bb) Tatbestandliche Überlegungen .....	63
b) Begründung einer Obliegenheit des Opfers .....	63
c) Die besondere Relevanz für den Betrugstatbestand .....	64
d) Zwischenergebnis und Ausblick .....	66
3. Zur Täuschung durch Unterlassen .....	66
4. Gefährdungsschaden und Stadien der Deliktsverwirklichung .....	69
a) Begriffsbestimmung: Gefährdungsschaden .....	69
b) Stadien der Deliktsverwirklichung .....	69
aa) Der Eingehungsbetrug .....	70
bb) Der echte Erfüllungsbetrug .....	70

cc) Der unechte Erfüllungsbetrug .....	71
c) Zivilrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten als Gradmesser für die Gefährdung .....	72
aa) Ausgewählte Rechte .....	73
bb) Der Ansatz von <i>Hefendehl</i> .....	75
cc) Zwischenergebnis .....	75
5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	76
a) Grundsätzliche Relevanz des Selbstverantwortungsprinzips .....	76
b) Die Bedeutung des Vertragsrechts für die Schadensermittlung .....	76
c) Ausblick .....	77
E. Ergebnisse des ersten Teils .....	77
I. Zusammenfassung .....	77
II. Konkretisierung der Forschungsfragen .....	78
1. Erste Forschungsfrage .....	79
2. Zweite Forschungsfrage .....	79
3. Dritte Forschungsfrage .....	79
<b>Teil 2: Bestandsaufnahme zur Lehre vom individuellen Schadenseinschlag .....</b>	<b>81</b>
A. Die Entwicklung der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	81
I. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts .....	81
II. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs .....	83
1. BGHSt 16, 220 .....	83
2. BGHSt 16, 321 .....	85
3. BGHSt 22, 88 .....	87
4. BGHSt 23, 300 .....	88
5. BGH NStZ 2012, 629 .....	89
6. BGH NStZ 2014, 318 .....	90
III. Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen .....	92
1. Sachlicher Anwendungsbereich .....	92
2. Persönlicher Anwendungsbereich .....	93
a) Individuelle Verwendungsmöglichkeit .....	93
b) Wirtschaftliche Spätfolgen .....	93
3. Abgrenzung und weitere Auffälligkeiten .....	94
a) Keine Individualisierung bei objektiv unausgeglichenen Leistungen .....	94
b) Verhältnis zum unechten Erfüllungsbetrag .....	94
IV. Erkenntnisse zur wirtschaftlichen Betrachtungsweise .....	95
B. Überblick der Kritik an der Lehre vom individuellen Schadenseinschlag .....	96
I. Grundlegende Bedenken .....	96
1. Unvereinbarkeit mit dem Bestimmtheitsgrundsatz .....	96
2. Unterschiedliches Schutzniveau .....	97

3. Bedenkliche Ausdehnung des strafrechtlichen Schutzes .....	97
4. Inkonsistente Anwendung des Individualisierungsgrundsatzes .....	98
II. Kritikpunkte in Bezug auf ein spezifisches Tatbestandsmerkmal .....	98
1. Fehlen des Unmittelbarkeitszusammenhangs .....	98
2. Fehlender Vermögensschutz und Kollision mit dem Saldierungsprinzip .....	99
3. Verschiebung des Vorsatzgegenstandes .....	99
4. Ausbleibender Zuwachs eines relevanten Vorteils .....	100
<b>Teil 3: Würdigung der Lehre vom individuellen Schadenseinschlag .....</b>	<b>101</b>
A. Kritische Analyse der Begrifflichkeiten und Reichweite der Fallgruppen .....	101
I. Kritische Analyse der ersten Fallgruppe .....	101
1. Anforderungen an den vertraglich vorausgesetzten Zweck .....	102
a) Ausdrückliche Zweckvereinbarung der Parteien vorhanden .....	103
b) Keine ausdrückliche Zweckvereinbarung der Parteien vorhanden .....	103
aa) Interpretation der Verweisung des Bundesgerichtshofs .....	103
bb) Zur Begründung <i>Ferners</i> .....	104
cc) Anforderungen an den vertraglich vorausgesetzten Zweck .....	105
c) Zwischenergebnis .....	106
d) Beispieldiskussion für eine fehlende Thematisierung der Zweckbestimmung .....	107
2. Die Abweichung vom vertraglich vorausgesetzten Zweck .....	107
a) „Nicht oder nicht in vollem Umfange“ verwendbar? .....	107
aa) Terminologische Abgrenzungsschwierigkeiten .....	107
(1) Erstes Beispiel .....	108
(2) Zweites Beispiel .....	109
bb) Der Ansatz von <i>Becker</i> .....	109
cc) Konsequenzen für die Feststellung der Zweckverfehlung .....	110
b) Ausblick auf das weitere Vorgehen .....	110
3. Die anderweitige zumutbare Verwendungsmöglichkeit .....	111
a) Die Wiederverkaufsmöglichkeit als Begrenzungskriterium .....	111
aa) Die Begriffsbestimmung der Rechtsprechung .....	111
bb) Befürwortende Stimmen in der Literatur .....	113
cc) Kritik .....	114
(1) Die Wiederverkaufsmöglichkeit als eindimensionaler Ausweg .....	114
(a) Problemstellung .....	114
(b) Beispiel .....	115
(2) Die problematische zeitliche Eingrenzung .....	116
(a) Problemstellung .....	116
(b) Beispiel .....	116
(3) Die Dynamik des Marktes .....	116
(a) Problemstellung .....	116

(b) Beispiel .....	117
dd) Zwischenergebnis .....	117
b) Die Vertrags- beziehungsweise Unterschriftenerschleichung .....	118
aa) Problemaufriss .....	118
bb) Lösungsvorschlag: Denken in Risikosphären .....	120
(1) Die Zweckbestimmung .....	121
(2) Die Tauglichkeit zum typischen Verwendungszweck .....	122
(3) Die Zugehörigkeit zu einem spezifischen Adressatenkreis .....	123
cc) Zwischenergebnis .....	123
4. Zwischenfazit zur ersten Fallgruppe .....	123
<b>II. Kritische Analyse der zweiten und dritten Fallgruppe .....</b>	<b>125</b>
1. Begründung und Abgrenzung der Fallgruppen .....	126
2. Bedenken hinsichtlich der Bestimmtheit .....	127
a) Vermögensschädigende Maßnahmen .....	128
b) Angemessene Wirtschafts- oder Lebensführung .....	129
c) Schlussfolgerungen für die Berechnungsgrundlage .....	130
d) Zwischenergebnis .....	130
3. Die zufälligen Vermögensverhältnisse als Indikator für die Betrugsstrafbarkeit .....	131
a) Die Zufälligkeit als ein verfassungsrechtliches Problem? .....	132
b) Einordnung als ein Problem der Bestimmtheit .....	133
4. Zwischenfazit zur zweiten und dritten Fallgruppe .....	133
<b>III. Zusammenfassung und Verortung der herausgearbeiteten Probleme .....</b>	<b>134</b>
1. Erste Fallgruppe .....	134
2. Zweite und dritte Fallgruppe .....	134
3. Zwischenergebnis .....	135
<b>B. Das Verhältnis des Individualisierungsgrundsatzes zum Tatbestand des Betruges .....</b>	<b>135</b>
<b>I. Das Verhältnis zum objektiven Tatbestand .....</b>	<b>135</b>
1. Täuschung .....	135
a) Bestimmung des Täuschungsgegenstandes .....	136
aa) Erste Fallgruppe .....	136
bb) Zweite und dritte Fallgruppe .....	137
b) Differenzierung nach wesentlichen und unwesentlichen Motiven? .....	137
aa) Der Ansatz von <i>Parzmayr</i> .....	137
bb) Stellungnahme .....	138
c) Zwischenfazit und Ausblick .....	139
2. Irrtum .....	140
a) Problemaufriss und Methodik .....	141
aa) Rekurs auf zuvor Gesagtes .....	141
bb) Das Irrtumsmerkmal als geeigneter Anknüpfungspunkt? .....	142
cc) Ausblick auf die Vorgehensweise .....	142

b)	Der funktionale Zusammenhang zwischen Täuschung und Irrtum .....	143
aa)	Ausgangspunkt: Kausalität im Sinne der Äquivalenztheorie .....	143
bb)	Zusätzliche Wertung nach normativen Gesichtspunkten? .....	143
(1)	Der Ansatz von <i>Naucke</i> .....	143
(2)	Stellungnahme .....	144
cc)	Die objektive Zurechnung als Einschränkungskriterium? .....	146
(1)	Herleitung des Gedankenganges und grundlegende Bedenken .....	146
(2)	Anwendung auf den konkreten Fall: Das Problem der Zirkularität .....	147
dd)	Schlussfolgerungen .....	147
c)	Das europäische Verbraucherleitbild als Maßstab für die Individualisierung? .....	148
aa)	Überblick des Meinungsstandes und Stellungnahme .....	149
(1)	Die Auffassung des Bundesgerichtshofs .....	149
(2)	Diskussion im Kontext des individuellen Schadenseinschlags .....	150
(a)	Anwendungsbereich der Richtlinie .....	150
(b)	Der Sinn und Zweck der Richtlinie .....	151
(c)	Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung .....	153
bb)	Zwischenergebnis .....	155
d)	Zweifel des Erwerbers .....	155
e)	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	156
3.	Vermögensverfügung .....	157
a)	Einhaltung des Unmittelbarkeitserfordernisses .....	158
aa)	Begriffsbestimmung .....	158
(1)	Die Funktionen des Erfordernisses .....	158
(2)	Zur mehraktigen Vermögensverfügung .....	160
bb)	Vereinbarkeit mit der Lehre vom individuellen Schadenseinschlag .....	161
(1)	Erste Fallgruppe .....	161
(a)	Der Grundsatz .....	161
(b)	Der Wiederverkauf als Schadenswiedergutmachung? .....	161
(c)	Besonderheiten bei einer erschlichenen Unterschrift .....	162
(2)	Zweite und dritte Fallgruppe .....	162
(a)	Der Grundsatz .....	162
(b)	Die Folgehandlung als zwingende wirtschaftliche Folge? .....	164
(c)	Der Ansatz von <i>Tiedemann</i> .....	165
(d)	Der Ansatz von <i>Eser</i> .....	166
b)	Zwischenergebnis .....	167
4.	Vermögensschaden .....	168
a)	Formulierung der Problemstellung und Methodik .....	169
b)	Der Mythos von der Faktizität der wirtschaftlichen Betrachtungsweise .....	170
aa)	Die Schadensermittlung als normativ geprägtes Konstrukt .....	170
(1)	Objektive Komponente: der Saldierungsvorgang .....	170

(2) Normative Komponente: die Wertzuschreibung .....	171
(a) Zum objektiven Bedeutungsgehalt des Marktwertes .....	172
(b) Normative Einflüsse .....	173
(aa) Expektanzen .....	173
(bb) Gefährdungsschäden .....	174
(bb) Konsequenzen für die Begriffsbestimmung .....	175
c) Kompatibilität von individueller und wirtschaftlicher Betrachtung .....	177
aa) Die Definition des Vermögensbegriffes als Ausgangspunkt .....	177
bb) Die Bezifferung der Schadenshöhe .....	178
(1) Die Korrektur des Marktwertes .....	179
(2) Die bilanzorientierte Schadensfeststellung als Hilfskonstrukt .....	180
(3) Zwischenergebnis .....	181
d) Zwischenfazit .....	181
e) Weitere Bedenken hinsichtlich der zweiten und dritten Fallgruppe .....	182
aa) Zur Lehre von der unbewussten Selbstschädigung .....	182
bb) Übertragung der Grundsätze auf die Fallgruppen .....	183
(1) Probleme bei der Zuweisung der Tatherrschaft .....	184
(2) Probleme bei der Bestimmung der Eigenverantwortlichkeit .....	186
cc) Verortung der Folgeschäden als ein Problem der Unmittelbarkeit .....	187
dd) Zwischenergebnis .....	188
II. Das Verhältnis zum subjektiven Tatbestand .....	189
1. Allgemeines und Methodik .....	189
2. Auswirkungen der Individualisierung auf den Vorsatz des Täuschenden .....	190
a) Bestimmung des Vorsatzgegenstandes .....	190
b) Zur in der Literatur erhobenen Kritik .....	190
c) Zwischenergebnis .....	192
3. Die Absicht stoffgleicher Bereicherung .....	192
a) Grundgedanke und heutiger Ausgangspunkt .....	192
b) Funktionale Begriffsbestimmungen .....	193
aa) Sicherstellung eines Unmittelbarkeitszusammenhangs .....	194
(1) Erste Fallgruppe .....	194
(a) Bestimmung des angestrebten Bereicherungsgegenstandes .....	194
(aa) Das Verhältnis von Schaden und Gewinnanteil .....	195
(bb) Die Ansicht von <i>Schlack</i> .....	196
(b) Zwischenergebnis .....	196
(2) Zweite und dritte Fallgruppe .....	196
bb) Lediglich Ausschluss externer Vorteile .....	197
(1) Grundgedanken .....	197
(2) Stellungnahme .....	198
cc) Der Saldo als das Kernelement der Stoffgleichheit .....	199
(1) Grundgedanken .....	199

(2) Stellungnahme .....	200
dd) Zwischenergebnis .....	200
<b>C. Ergebnisse des dritten Teils .....</b>	<b>201</b>
I. Zusammenfassung .....	201
II. Erkenntnisse bezüglich der Forschungsfragen .....	203
1. Nur partielle Vereinbarkeit mit dem Tatbestand des Betruges .....	203
2. Nur partielle Vereinbarkeit mit der wirtschaftlichen Vermögenslehre .....	203
3. Die vertragliche Risikoverteilung als geeigneter Richtungsweiser .....	204
III. Zusammenfassendes Schaubild und Ausblick .....	205
<b>Teil 4: Entwicklung eines eigenen Lösungsvorschlages .....</b>	<b>207</b>
<b>A. Einleitung .....</b>	<b>207</b>
I. Die anstehende Herausforderung .....	207
II. Methodik .....	208
<b>B. Die wirtschaftliche Interpretation der Verwendungsmöglichkeit .....</b>	<b>209</b>
I. Das ökonomische Verhaltensmodell als Richtschnur für die Individualisierung .....	209
1. Der homo oeconomicus .....	209
a) Ausgangspunkt der Überlegungen .....	209
b) Die Charakteristika des ökonomischen Verhaltensmodells .....	210
aa) Das Rationalitäts- und Nutzenmaximierungsprinzip .....	210
(1) Das traditionelle Rationalitätsprinzip .....	210
(2) Das Pramat des Eigeninteresses .....	211
(3) Die besondere Lesart von Rechtsnormen .....	211
bb) Zwischenergebnis .....	212
c) Die mikroökonomische Theorie als Hauptanwendungsfeld des Modells .....	212
aa) Die Konsumtheorie .....	213
bb) Die Produktionstheorie .....	214
2. Die Diskussion um die Legitimität der Modellannahme .....	214
a) Der Vorwurf der realitätsfremden Abbildung menschlichen Verhaltens .....	214
b) Die Erklärungsansprüche des ökonomischen Verhaltensmodells .....	216
aa) Zur Funktion von Annahmen .....	216
bb) Rationales Verhalten in der Realität .....	216
cc) Schlussfolgerungen .....	217
c) Zwischenergebnis .....	219
3. Der Stellenwert des Modells für die Ermittlung einer Verwendungsmöglichkeit .....	219
a) Grundüberlegungen .....	219
aa) Der objektive Betrachter als homo oeconomicus .....	219
(1) Das Fundament der angestrebten Integrationsleistung .....	219
(2) Bestimmung der maßgeblichen Wesenzüge .....	220

bb) Ausblick .....	220
b) Die Rationalisierung des Verwendungsbegriffes .....	221
aa) Der Vermögensträger als Konsument .....	221
bb) Der Vermögensträger als Produzent .....	222
(1) Möglichkeiten einer rechtskonformen Wertrealisierung .....	224
(a) Grundsätzliche Überlegungen .....	224
(b) Wiederverkauf .....	226
(c) Ausübung eines Gestaltungsrechts .....	227
(2) Zwischenergebnis .....	228
c) Zwischenüberlegungen zur zeitlichen Dimension der Schadensbeurteilung .....	229
aa) Problemaufriss .....	229
bb) Die Wertrealisierungsmöglichkeit als Bewertungskriterium .....	230
(1) Exemplifizierung der Problematik anhand zweier Fälle .....	230
(2) Zusammenfassung .....	232
cc) Zwischenergebnis .....	233
d) Konkretisierung des gestaltungsrechtlichen Ansatzes .....	234
aa) Zur Gestaltungserklärung .....	234
(1) Das Auslegungsproblem .....	234
(a) Der Günstigkeitsvergleich .....	236
(b) Auferlegung eines Begründungserfordernisses .....	236
(2) Auswirkungen auf den Individualisierungsgrundsatz .....	237
(a) Bewertung aus der Sicht eines homo oeconomicus .....	237
(b) Rechtfertigung der Vergleichsmethodik .....	238
(c) Zwischenergebnis .....	239
bb) Modalitäten bezüglich der Durchsetzung .....	240
(1) Problemstellung .....	240
(2) Bestimmung des zumutbaren Maßes an Eigenverantwortung .....	241
cc) Besondere Fallkonstellationen .....	242
(1) Das erhaltene Etwas geht beim Vermögensträger unter .....	242
(2) Der Vermögensträger hat den Transaktionsgegenstand verkauft .....	244
(3) Der Täuschende hat das erhaltene Etwas verbraucht .....	245
dd) Zwischenergebnis .....	246
4. Kontrollüberlegungen .....	247
a) Werden die verfassungsgerichtlichen Vorgaben eingehalten? .....	247
b) Ist die Risikoverteilung sachgerecht? .....	248
aa) Materielle Abwägung der Risikosphären .....	248
(1) Thematisierung des Verwendungszwecks .....	249
(2) Anforderungen an die wirtschaftliche Verwertungsmöglichkeit .....	249
bb) Prozessuale Abwägung der Risikosphären: die Beweislast .....	250
c) Entscheidet der Vermögensträger unzulässigerweise über die Strafbarkeit? .....	251

5. Die Praktikabilität des gestaltungsrechtlichen Ansatzes .....	252
a) Beispielsfall für eine gescheiterte Wertrealisierung .....	253
aa) Sachverhalt .....	253
bb) Lösung .....	253
b) Beispielsfall für eine vorteilsorientierte Auslegung der Gestaltungserklärung .....	254
aa) Sachverhalt .....	254
bb) Lösung .....	255
c) Beispielsfall für einen erschlichenen Vertrag .....	255
aa) Sachverhalt .....	255
bb) Lösung .....	256
d) Zwischenergebnis .....	258
II. Zwischenfazit .....	258
C. Weitere Einzelfragen und ergänzende Hinweise .....	259
I. Ausweitung des Individualisierungsgrundsatzes auf die selbst erbrachte Leistung? .....	259
II. Setzt ein individueller Schadenseinschlag ausgeglichene Leistungen voraus? .....	260
1. Der Marktwert kann exakt ermittelt werden .....	261
a) Der Vermögensträger erhält eine objektiv minderwertige Leistung .....	261
b) Der Vermögensträger erhält eine objektiv höherwertige Leistung .....	263
c) Zum Verhältnis von Schadensbegründung und Schadenskompensation .....	264
2. Es kann nur eine Spanne marktüblicher Preise ermittelt werden .....	264
a) Der gezahlte Preis liegt oberhalb der Spanne .....	265
b) Der gezahlte Preis liegt unterhalb der Spanne .....	266
3. Der Marktwert kann nur zum Teil realisiert werden .....	266
a) Ausgangslage bei einem exakt feststellbaren Marktwert .....	266
aa) Die Leistungen sind objektiv ausgeglichen .....	266
bb) Die Leistungen sind objektiv unausgeglichen .....	267
b) Ausgangslage bei einer Spanne marktüblicher Preise .....	267
4. Zwischenergebnis .....	268
III. Ergänzende Hinweise zum Eingehungsbetrug .....	268
IV. Ergänzende Hinweise zum echten Erfüllungsbetrug .....	269
<b>Teil 5: Schlussbetrachtungen .....</b>	<b>271</b>
A. Thesenartige Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse .....	271
B. Ausblick .....	273
I. Zur zukünftigen Bedeutung der Lehre vom individuellen Schadenseinschlag .....	273
II. Zur Verallgemeinerbarkeit des gestaltungsrechtlichen Ansatzes .....	273
C. Abschließendes Prüfungsschema .....	275
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>279</b>